Berlin, 07. Januar 2014

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Beschluss des Bundesvorstands

Berliner Erklärung

Wir Grüne werden als kreative Opposition im Bund und als Regierungspartei in sieben Ländern unsere volle Kraft für den Schutz von Umwelt, Natur und Klima, die ökologische Modernisierung unserer Wirtschaft, den Schutz der Bürgerrechte und für eine moderne und gerechte Gesellschaft einsetzen. Gerade die Übermacht der Großen Koalition braucht als Gegengewicht eine lebendige Demokratie mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Das wollen wir unterstützen, auf allen Ebenen.

Union und SPD haben einen Koalitionsvertrag vereinbart, der den Herausforderungen, vor denen Deutschland und Europa stehen, nicht gerecht wird. Selten zuvor ist eine Regierung mit so viel Macht und so wenig Gestaltungswillen gestartet. Und selten zuvor hat eine Regierung so wenig an morgen gedacht, sondern eine Politik zulasten der Zukunft, der Jugend und künftiger Generationen formuliert.

Politik darf sich aber nicht darin erschöpfen, das Bestehende bloß zu verwalten. Politik braucht Mut zu Veränderung, damit nicht nur die jetzige, sondern auch künftige Generationen selbstbestimmt in Freiheit leben und Wohlstand nachhaltig erwirtschaften und gerecht verteilen können.

1. Energiewende wieder zum Erfolgsmodell machen: Klimaschutz statt Kohle

Angesichts der fortschreitenden Klimazerstörung und steigender Kosten für Wärme, Strom und Mobilität muss die Energiewende zum Erfolg geführt werden. Als zentrales Zukunftsprojekt verbindet die Energiewende wirksamen Klimaschutz und eine gesunde Umwelt mit gewaltigen wirtschaftlichen Chancen, Innovation und zukunftssicheren Arbeitsplätzen.

Doch nirgendwo wird die Zukunftsvergessenheit der Großen Koalition deutlicher als hier. Längst ist mit Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz eine saubere, sichere und bezahlbare Stromversorgung möglich. Aber Union und SPD bremsen die Erneuerbaren Energien zu Gunsten der Kohle aus. So setzt die Große Koalition Deutschlands Rolle als Vorreiter bei neuen Energietechnologien und die fast 400.000 Jobs in der Erneuerbaren-Energien-Branche aufs Spiel. Obwohl Kohle der Klimakiller Nummer eins ist und seit zwei Jahren wieder zu steigenden CO2-Emissionen führt, sollen alte Kohlekraftwerke subventioniert werden und ganze Dörfer Kohlebaggern weichen. Dass 2013 so viel Braunkohle verstromt wurde wie nie zuvor, ist ein klimapolitischer Skandal und ein energiepolitisches Armutszeugnis.

Union und SPD verabschieden sich von einer aktiven Rolle in der Klimaschutzpolitik. Weder übernehmen sie Verantwortung in der EU – längst wäre es überfällig, die Anhebung der europaweiten Klimaschutzziele auf den Weg zu bringen – noch gehen sie in Deutschland mit einem Klimaschutzgesetz voran. Eine wirksame Reparatur des zusammengebrochenen Emissionshandels lehnen die Koalitionäre ausdrücklich ab. Klimaverschmutzer kommen so weiter

billig davon. Auch an die ungerechten Industrierabatte zulasten von Verbraucherinnen und Mittelstand traut sich die Große Koalition nicht heran.

Allen Versuchen, die Energiewende auszubremsen, wollen wir Grüne in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis für Erneuerbare Energien und Klimaschutz entgegentreten. Die große Energiewende-Demonstration Ende 2013 in Berlin war dazu ein ermutigender Auftakt. Auf Europa-Ebene gilt es, den ökostromfeindlichen Tendenzen des Wettbewerbs- und des Energiekommissars entgegen zu treten, die das effiziente EEG und damit den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland und Europa bremsen wollen.

Wir werden eine Kampagne gegen die Kohle starten und auf die Abschaltung alter, klimaschädlicher Kohlekraftwerke drängen. Stattdessen wollen wir die Potentiale der regionalen Wertschöpfung durch Erneuerbare Energien ausschöpfen. Wir werden eigene Vorschläge zur Reform des Strommarkts und des EEG vorlegen, die den Ausbau der Wind- und Sonnenenergie in den Vordergrund stellen und für Versorgungssicherheit, faire Strompreise und Klimaschutz sorgen.

Und wir werden im Bundesrat für ehrgeizige Energie- und Klimaziele kämpfen, so wie wir sie mit unseren Koalitionspartnern in den Ländern beschlossen haben. Dazu gehören auch mehr Energieeffizienz und mehr Erneuerbare Energien im Wärmebereich – denn steigende Heizkosten für fossile Brennstoffe sind für die meisten Verbraucherinnen und Verbraucher das drängendste Energiekosten-Problem.

2. Bürgerrechte stärken

Nach den beispiellosen Überwachungsskandalen gilt es, das Fundament unserer Freiheit in der digitalen Gesellschaft neu zu begründen. Doch die Große Koalition hat nichts aus dem NSA-Überwachungsskandal und der massenweisen Ausspähung persönlicher Daten gelernt. Sie will die Vorratsdatenspeicherung wieder einführen und damit die vertrauliche Kommunikation von 80 Millionen Menschen in Deutschland speichern. Die Vorratsdatenspeicherung ist ein gravierender Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. Dass wir als Gemeinwesen angeblich Sicherheit gewinnen können, indem wir Bürgerrechte einschränken, ist ein gefährlicher Irrweg für unsere Demokratie.

Ein effektiver Datenschutz ist ein zentrales Grundrecht im digitalen Zeitalter. Ein Gradmesser ist für uns dabei die EU-Datenschutzreform. Sie ist ein wichtiger Schritt hin zu einem einheitlichen Datenschutz für alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. Wir Grüne setzen uns für den guten Reform-Vorschlag des Europäischen Parlaments ein und fordern die Große Koalition auf, ihre Blockadepolitik aufzugeben.

Wir werden es der Großen Koalition nicht durchgehen lassen, wenn sie das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung schwächt. Ohne Datenschutz kein Rechtsstaat, ohne Rechtsstaat keine Freiheit.

3. In die Infrastruktur der Zukunft investieren

Ob Straßen, Brücken, Schienen, Stromnetze, Breitbandinternet – Deutschland lebt von der Substanz und gefährdet damit die Grundlagen seines Wohlstands und einer nachhaltigen Wertschöpfung. Seit einem Jahrzehnt sind die öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur niedriger als die Abschreibungen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau beziffert den Investitionsstau bei den Kommunen auf 130 Milliarden Euro.

Doch die Große Koalition ignoriert diesen angestauten, riesigen Investitionsbedarf. Mit 2,5 bis 3,5 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr für Infrastruktur, Bildung und Forschung springt Schwarz-Rot viel zu kurz. Union und SPD konnten sich weder auf moderate Steuererhöhungen noch auf den konsequenten Abbau von Subventionen einigen, um die notwendigen Investitionen zu

finanzieren. Die Rechnung zahlen die jungen Menschen, nachfolgende Generationen und Unternehmen, die auf eine funktionierende Infrastruktur angewiesen sind.

Deutschland braucht einen Dreiklang aus Ausgabenkürzungen, konsequentem Subventionsabbau und mehr Steuergerechtigkeit, damit wir Schulden abbauen und in Zukunftsprojekte investieren können. Stattdessen plant die Bundesregierung schon wenige Wochen nach Start der Großen Koalition höhere Schulden ein, als im Haushaltsentwurf für 2014 vorgesehen.

4. Generationengerechtigkeit statt Griff in die Rentenkasse

Die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente ab 63 kosten jährlich bis zu elf Milliarden Euro, während für Kitas, Schulen und Hochschulen gerade mal sechs Milliarden für die gesamte Legislaturperiode vorgesehen sind. Finanziert werden sollen diese Maßnahmen aus der Rentenkasse zu Lasten der aktuellen Beitragszahler und künftiger Generationen.

Damit ignoriert die Große Koalition den demographischen Wandel und seine Folgen. Sie verweigert den Beschäftigten mit ihrem Griff in die Rentenkasse nicht nur einen sinkenden Beitragssatz, der angesichts der Rücklagen gesetzlich fällig wäre. Sie setzt damit auch die nachhaltige Finanzierung der Rentenversicherung aufs Spiel. So untergräbt Schwarz-Rot die Sicherheit der Renten von morgen.

Diesem Versuch, die Generationen gegeneinander auszuspielen, stellen wir unser grünes Konzept einer gerechten Garantierente gegen Altersarmut entgegen. Für uns Grüne ist Gerechtigkeit stets auch die Gerechtigkeit zwischen heutigen und künftigen Generationen. Wir wollen gerechte Teilhabechancen für alle Generationen bei Bildung und im Arbeitsmarkt, beim Zugang zu Gesundheitsleistungen und bei der Rente ebenso wie bei Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs.

5. Für eine gerechte und offene Gesellschaft

Für die Modernisierung der Gesellschaftspolitik fehlt der Großen Koalition der Mut. Es gibt nur vereinzelt und leider nur zaghafte Bewegungen in die richtige Richtung wie bei der Frauenquote und der Abschaffung des Optionszwangs.

Familien und Kinder werden von der Großen Koalition im Regen stehen gelassen. Entgegen der Ankündigungen im Wahlkampf wird die Familienförderung nicht verstärkt, wird Kinderarmut nicht bekämpft, wird in Bildung zu wenig investiert. 2,5 Millionen Kinder leben in Deutschland in Armut. Aber die notwendige Erhöhung des Kinderregelsatzes ist ein frommer Wunsch geblieben, ebenso wie eine Verbesserung des Kinderzuschlags oder des Bildungs- und Teilhabepakets. Dafür soll das unsinnige Verbot der Kooperation von Bund und Ländern bei der Bildungsfinanzierung erhalten bleiben. Dabei könnte gerade eine Große Koalition hier den gordischen Knoten zerschlagen, damit der Bund die Länder etwa beim Ausbau der Ganztagsschulen effektiv unterstützen kann.

Trotz boomender Wirtschaft und sinkender Arbeitslosenzahlen erfordern die ungleichen Lebens- und Aufstiegschancen eine neue soziale Balance zwischen Arm und Reich. Ein Mindestlohn ist wichtig, aber er ist keine hinreichende Antwort auf das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft. Die Armutsquote ist seit 2006 um 8,5 Prozent gestiegen, aber das Arbeitslosengeld II verbleibt auf niedrigem Niveau, die Arbeitsvermittlung wird nicht verbessert.

Bei der Gleichstellung von Frauen und Männern geht es viel zu zaghaft voran. Ein umfassendes Konzept zur Gleichstellung ist nicht in Sicht. Wolkige Formulierungen und eine Umsetzung unter Finanzierungsvorbehalt charakterisieren Vorhaben der Koalition. Und auch die Quote für Aufsichtsräte ist weich und soll erst ab 2016 kommen. Wir streiten weiter für eine verbindliche Frauenquote, die über die mageren 30 Prozent hinausgeht und bei Nichteinhaltung Konsequenzen nach sich zieht. Wir streiten für echte Entgeltgleichheit mit einem Entgeltgleichheitsgesetz, für

wirkliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch mehr und bessere Kitas und weiterhin für die Abschaffung des unsinnigen Betreuungsgeldes.

Auch gibt es immer noch keine volle Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften – weder bei der Eheschließung noch beim Adoptionsrecht. Die Große Koalition gibt hier zwar viele Lippenbekenntnisse ab, doch konkrete Schritte bleiben aus. Relevante Entscheidungen werden offenbar wieder dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe überlassen. Wir werden mit unserem Protest nicht darauf warten!

Wir begrüßen das Ende des Optionszwanges für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder. Schwarz-Rot muss nun schnellstmöglich veranlassen, dass diejenigen, die aufgrund des Optionszwangs ihren deutschen Pass verloren haben, diesen wieder erhalten können, und es 2014 zu keinem Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit mehr kommt. Trotz der Neuregelung wird es auch weiterhin ein Einbürgerungsrecht erster und zweiter Klasse geben, bei dem manche ihren früheren Pass behalten dürfen, anderen ihn abgeben müssen. Wir streiten deshalb für einen gelassenen Umgang mit mehrfacher Staatsangehörigkeit. Alles andere ist ungerecht und integrationspolitisch unsinnig.

In der Flüchtlingspolitik reichen die beabsichtigten Änderungen bei weitem nicht aus. Trotz Verfassungsgerichtsurteil will die Große Koalition am Asylbewerberleistungsgesetz festhalten, ebenso wie an der entwürdigenden Residenzpflicht. Die Frage des sicheren Zugangs für Flüchtlinge nach Europa wird einfach ausgeblendet. Wir wollen menschenwürdige Aufenthaltsbedingungen und bessere Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge schaffen. Kommunen müssen dabei von Bund und Ländern unterstützt werden.

6. Europa zusammenhalten und erneuern

Wir Grüne kämpfen leidenschaftlich für ein Europa, in dem wir mehr Frieden, Klimaschutz, Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit erreichen können. Damit dies gelingt, muss sich in Europa vieles verändern! Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt gefährliche Risse und Baufehler im europäischen Haus, in vielen Fragen verfolgt die aktuelle europäische Politik einen falschen Kurs: Wir wollen keine Europäische Union, die Atomkraftwerke fördert, Banken weiter zocken lässt, die BürgerInnen überwacht und Flüchtlinge vor ihren Ufern ertrinken lässt.

Wir wollen ein Europa, in dem BürgerInnen wirklich selbst über ihre Zukunft entscheiden können, und nicht Hinterzimmerpolitik oder Lobbyinteressen dominieren. Ein Europa, das seine Wirtschaft und seine Energieversorgung mit einem Green New Deal auf eine umweltfreundliche und nachhaltige Basis stellt und damit neue Arbeitsplätze schafft. Ein Europa, das gemeinsam, fair und solidarisch vor allem das Gemeinwohl im Auge hat. Und ein Europa, das die Privatsphäre seiner Bürgerinnen und Bürger verteidigt und die Rechte und Würde auch von Flüchtlingen schützt.

Wir werden uns im Europawahlkampf Stimmungsmache und Diskriminierung deutlich entgegenstellen. Das gilt auch bei der Frage der Arbeitnehmerfreizügigkeit für die Europäerinnen und Europäer aus Bulgarien und Rumänien. Freizügigkeit ist eine der großen Errungenschaften der europäischen Integration. Die deutsche Wirtschaft profitiert von der Zuwanderung vieler qualifizierter ArbeitnehmerInnen aus diesen Ländern.

Armut und Diskriminierung in Europa geht uns alle an. Insbesondere die Situation der Roma in Bulgarien, Rumänien und auch Ungarn, die scharfen Diskriminierungen ausgesetzt sind und in großer sozialer Not leben, muss wirkungsvoll verbessert werden. In dieser Frage und auch bei der Unterstützung von Kommunen hierzulande war die Bundesregierung in den letzten Jahren, an der auch die CSU beteiligt war, untätig.

Wir Grüne sind in Europa zu Hause. Wir sind die Kraft, die im Europawahlkampf für eine Erneuerung der Europäischen Union streiten wird. Wir treten an gegen den Status quo in Europa und gegen die Euroskeptiker für ein nachhaltiges, solidarisches, demokratisches Europa.

Auf Grün kommt es an

Wir Grüne haben schon oft gezeigt, wie wir selbst als kleine Oppositionspartei große Veränderungen bewirken können. In den nächsten vier Jahren wird GRÜN die Stimme für Umwelt, Bürgerrechte und Gerechtigkeit sein. Wir verteidigen die Zukunft gegen die Koalition der Zukunftsvergessenheit. Wir formulieren Politik für das Morgen – gegen die, die sich im Heute ausruhen oder im Gestern stecken geblieben sind.

So gehen wir selbstbewusst in die Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai mit einem Programm der ökologischen Erneuerung, des sozialen Zusammenhalts und der demokratischen Beteiligung. Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg werben wir für die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende, für gerechte Bildung und eine gesunde Umwelt. Und in den Kommunalwahlkämpfen des Jahres 2014 sehen wir unsere Chance als bürgernahe Partei für mehr Beteiligung, Lebensqualität und kulturelle Vielfalt vor Ort. Vom Rathaus bis zum Europaparlament – auf GRÜN kommt es an!